

1. Landesdelegiertenrat 2017

4. März 2017 in Zerbst

Beschluss des Landesdelegiertenrates:

1 **Klimaschutz in Sachsen-Anhalt voranbringen**

2 In Paris haben sich im vergangenen Herbst die Staaten dieser Welt nach langem Ringen für eine
3 Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad und nationale Zielsetzungen zum Klima-
4 schutz verständigt. Wissenschaftler, Umweltaktivisten und NGOs hatten zuvor mit politischen
5 Entscheidungsträgern um jeden Halbsatz im Abschlusskommuniqué verhandelt. Strittig bis zum
6 Schluss waren neben der generellen Einigung auf die Reduzierung der CO₂- Werte vor allem die
7 notwendigen Schritte, auf die sich sowohl die westlichen Industrieländer als auch die Schwel-
8 lenländer zur Erreichung der vereinbarten Zielmarken verpflichten sollten.

9 Inzwischen haben sowohl ein Großteil der am Abkommen beteiligten Länder als auch das EU-
10 Parlament das Papier ratifiziert. Auch der Deutsche Bundestag hat dem Abkommen zugestimmt.
11 Der nationale Klimaschutzplan, den Umweltministerin Barbara Hendricks nun vorgelegt hat,
12 bleibt aber weit hinter allen Erwartungen zurück. Vor allem das Wirtschafts- und Energieminis-
13 terium bremst, indem es sich hinter die Kohle- und Automobilindustrie stellt und damit die öko-
14 logische und ökonomisch nachhaltige Transformation dieser wichtigen Wirtschaftszweige ver-
15 hindert.

16 Die mit der EEG-Novelle 2017 beschlossenen Ausschreibungen, die an den Interessen der gro-
17 ßen Stromkonzerne und Netzbetreiber orientiert sind, nehmen kleine Akteure gezielt aus dem
18 Markt und verhindern damit nicht nur echten Wettbewerb im Energiesektor, sondern auch den
19 weiteren Ausbau einer Energieversorgung in Bürgerhand. Die notwendige verantwortliche Be-
20 teiligung von Genossenschaften und Bürgerunternehmen als Korrektiv im Wettbewerb des Ener-
21 giemarktes wird ausgeschlossen. Deutschland hat seinen Platz als Vorreiter in der Energie- und
22 Klimapolitik bereits verloren und riesige wirtschaftliche Chancen verspielt. Durch den Aus-
23 schluss der Bürger wird die Akzeptanz für Veränderungen weiter geschwächt. Der Beitrag
24 Deutschlands zum Erreichen ambitionierter Klimaschutzziele muss ein umgehender Ausstieg
25 aus der Atomkraft, der Kohleausstieg innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte, die Abschaffung
26 der Sonnensteuer und ein konsequent vom 100%-Ziel gedachtes Strommarktdesign mit echten
27 Vermarktungswegen für grünen Strom sein – auch und gerade mit Bürgerbeteiligung. Wir brau-
28 chen auf Bundesebene dringend einen Paradigmenwechsel hin zu einer klimaneutralen Wirt-
29 schaftspolitik, die die Interessen nachfolgender Generationen höher bewertet, als Konzernge-
30 winne in veränderungsunwilligen Branchen!

31 Neben der Bundesregierung als wesentlichem Gesetzgeber in diesem Bereich sind auch die
32 Bundesländer in der Verantwortung mit Klimaschutzplänen Rahmenbedingungen für die Redu-
33 zierung klimaschädlicher Abgase und einen Umbau des Energiesektors zu definieren. BÜNDNIS
34 90/DIE GRÜNEN geht als Teil der schwarz-rot-grünen Landesregierung in Sachsen-Anhalt mit
35 ambitionierten Zielen und durchdachten Maßnahmepaketen voran.

36 **Saubere Energie für Sachsen-Anhalt**

37 Die Klimaschutzziele sind nur durch eine Vielzahl integrierter Maßnahmen zu erreichen. Diese
38 sind z.B. Energieeinsparung, Steigerung der Effizienz und Umstellung unserer Energieerzeugung
39 auf erneuerbare Quellen, mehr Bürgergesellschaften/Genossenschaften, Reduzierung der Mate-
40 rial- und Energieströme durch eine „Regionalisierung“ der Wirtschaft u.v.m.

41 Die Dekarbonisierung, also die Abkehr der Energiewirtschaft von der Nutzung fossiler Energie-
42 träger, ist ein wesentlicher Beitrag zur Begrenzung der Klimakrise. Die energetische Nutzung
43 der Braunkohle in Sachsen-Anhalt wird spätestens mit der Auskohlung des Tagebaus Profen
44 auslaufen. Dass es keine neuen Tagebaue in Sachsen-Anhalt geben wird, konnten BÜNDNIS
45 90/DIE GRÜNEN im Koalitionsvertrag verankern. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass Konzepte
46 für den Strukturwandel in ehemaligen Braunkohlerevieren mit den Menschen vor Ort erarbeitet
47 werden. Diese Regionen können den Strukturwandel nicht alleine bewältigen, deshalb müssen
48 jetzt Konversionsprogramme entwickelt werden und in moderne Infrastruktur investiert werden,
49 statt abzuwarten und den Menschen zu suggerieren, dass alles beim Alten bleiben könne.

50 Die schwarz-rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag auf eine Fortschreibung
51 des Klimaschutzprogramms und der Anpassungsstrategie an die Klimakrise verständigt. Der
52 Ausstoß klimaschädigender Treibhausgase und der Verbrauch begrenzt verfügbarer natürlicher
53 Ressourcen müssen drastisch reduziert werden. Auf der Grundlage des Klimaschutzkonzeptes
54 der Landesregierung streben die Koalitionsparteien ein Klimaschutzziel von 31,3 Mio. t CO₂ –
55 Äquivalent bis zum Jahr 2020 an.

56 Sachsen-Anhalt hat bereits jetzt mit über 50 Prozent einen hohen Anteil erneuerbarer Energien
57 an der Stromerzeugung und die Produktion von Erneuerbaren Energien ist zu einem wichtigen
58 Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt geworden. Rund 12.300 Menschen sind allein in der Wind-
59 branche beschäftigt.

60 Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Windkraft in Sachsen-Anhalt, sowie für die Siche-
61 rung und den Ausbau vorhandener und neuer Produktionsstandorte ein. Ziel der politischen För-
62 derung muss eine Vergrößerung der Forschungs- und Entwicklungskompetenzen an vorhande-
63 nen und neuen Standorten für die Windkraftproduktion und deren Zulieferindustrie sein. Ziel ist
64 es, die Energieproduktion in den Windvorrang- und Windeignungsgebieten vor allem durch
65 Repowering zu erhöhen. Parallel sind in den Vorranggebieten Entwicklungsräume zu schaffen
66 um zu erwartenden Abnahme von Windkraftleistung außerhalb der Vorranggebiete auszuglei-
67 chen, da Betreiber Anlagen nach 20 Jahren und mehr Betriebszeit zurückbauen werden. Der vom

68 grünengeführten Umwelt-, Landwirtschafts- und Energieministerium überarbeitete Entwurf der
69 Leitlinie „Artenschutz an Windenergieanlagen“ schafft mehr Planungssicherheit und schafft
70 schon bei der Planung von Windenergieanlagen einen Rahmen, der ein Verfahren zur Lösung
71 des Konflikts zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie natur- und artenschutz-
72 rechtlichen Belangen vorgibt. Dies ist auch in die Landesraumordnung zu integrieren.

73 Wir brauchen den Schritt hin zur solaren Gesellschaft. Jedes Gebäude, jeder Verkehrsweg und
74 jede alte Mülldeponie muss in Zukunft systematisch auf seine oder ihre Nutzbarkeit geprüft
75 werden. Denn dezentraler, als auf dem Dach oder dem Hinterhof der Nutzer die benötigte Ener-
76 gie zu erzeugen, geht es nicht. Dies gilt für Strom und Wärme. Für eine dezentrale solare Strom-
77 erzeugung sind in Abstimmung mit den Bundesprogrammen geeignete Fördermöglichkeiten
78 umzusetzen, die die wirtschaftliche und ökologische Nutzung von dezentralen Batteriespeicher-
79 systemen in Gebäuden befördern. Dies minimiert den Druck auf den Ausbau der Niederspan-
80 nungs- und Mittelspannungsnetze. Darüber hinaus sollten die Regionalen Planungsgemein-
81 schaften für Freiflächen-PV-Anlagen Vorranggebiete ausweisen können, jedoch anders als bei
82 der Windkraft ohne Ausschlusswirkung an anderer Stelle.

83 Der Ausbau der Solarthermie in Kombination mit Erdwärmesystemen ist u.a. ein zentraler Bau-
84 stein für das Erreichen der energetischen Vorgaben der KfW Bank. Dies ist durch geeignete
85 Maßnahmen auf landespolitischer Ebene zu flankieren. Der Ausbau der Erdgasförderung durch
86 Fracking ist in Sachsen – Anhalt durch die Struktur der Lagerstätten mit hohen Kosten verbun-
87 den. Fracking ist für uns keine Option. Die Gasförderung durch Fracking ist für uns kein Beitrag
88 für den Umbau von einer fossilen Energiewirtschaft zu einer nachhaltigen erneuerbaren Ener-
89 gieversorgung. Die Gefahren für Umwelt und Trinkwasser sind zu groß. Gemeinsam mit Univer-
90 sitäten und Forschungseinrichtungen wollen wir Sachsen-Anhalt zu einem Land der Speicher-
91 technologien machen. Der Einsatz von Speichern in kleinen und mittleren Unternehmen, aber
92 auch in Privathaushalten ermöglicht die Flexibilisierung des Energiebezugs und entlastet die
93 technisch notwendigen und mit Kosten verbundenen Maßnahmen im Netzausbau auf allen
94 Spannungsebenen. Damit wird der Energiebezug aus öffentlichen Stromnetzen reduziert und
95 die Netze deutlich entlastet. Mit einem "Effizienzbonus" soll das Land auch in Privathaushalten
96 den Einsatz innovativer Heiz- (keine direkt elektrische Heiztechnologien sondern z.B. effiziente
97 Wärmepumpensysteme) - und Speicher-Systeme mit Energiemanagementsystemen fördern. Vo-
98 raussetzung für eine solche Förderung sollte bei Sanierungen das Unterschreiten des aktuellen
99 EnEV- Standards um mindestens 45 oder 60% sein und bei Neubauten die Erreichung von CO2-
100 Neutralität. Bestehende Wasserkraftanlagen wollen wir auf Effizienz und die Erfüllung gewäs-
101 serökologischer Anforderungen (z.B. Fischtreppe) überprüfen und bei Bedarf die Modernisie-
102 rung solcher Anlagen unterstützen bzw. an alten Wassernutzungsstandorten mit vorhanden
103 Querbauten in der Fließrichtung fördern. Die „Fischdurchlässigkeit“ für die vielen kleineren Ne-
104 bengewässer kann so gleichzeitig verbessert werden. Grundsätzlich halten wir die sogenannte
105 Kleine Wasserkraft für die Energiewende nicht für notwendig und wollen keine neuen Anlagen.

106 Der weitere Ausbau von Biomasse ist besser in Einklang mit den Zielen des Arten- und Natur-
107 schutzes zu entwickeln. Die bereits vorhandenen intensiv genutzten Flächen für den Anbau von
108 Energiemaiss und andere Pflanzen haben bereits heute regional zu einer erheblichen Verände-
109 rung der Biodiversität geführt und zur Vernichtung von wertvollen Lebensräumen geführt.

110 Die Wärme von Biogasanlagen muss grundsätzlich genutzt werden. Dazu müssen die Standorte
111 so gewählt werden, dass Nutzer die entstehende Wärme über Netze zu Verfügung gestellt be-
112 kommen. Wo dies nicht möglich ist, sollte das Biogas möglichst über Leitungen zu den Verbrau-
113 cher*innen oder veredelt und als reines Methan in das allgemeine Gasnetz eingeleitet werden.

114 Wesentlicher Bestandteil einer Energiewende ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die dezentrale
115 Energieerzeugung, die neben Bürgerenergiegenossenschaften auch Stadtwerke und Kommunen
116 als Akteure stärker einbindet. Da die Rahmenbedingungen auf Bundesebene dafür momentan
117 eher verschlechtert werden, ist es wichtig, landeseigene darauf auszurichten, dass diese Prota-
118 gonisten dezentraler Energieversorgung gestärkt werden.

119 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein Divestment aus fossilen Energieunternehmen ein.
120 Kapitalanlagen des Landes und von Kommunen sollen künftig keinen fossilen Brennstoffunter-
121 nehmen mehr zugutekommen.

122 **Mehr Energieeffizienz für Sachsen-Anhalt**

123 Die mit Abstand effizienteste Klimaschutzmaßnahme ist die Vermeidung von unnötigem Ener-
124 gieverbrauch. Vor allem im Wärmesektor ist das Effizienzpotential noch langst nicht ausge-
125 schöpft. Die vorhandenen Potentiale sind durch Maßnahmen umzusetzen, die die Baukosten
126 und Betriebskosten im Sinne sozial verträglicher Mieten für alle Bürger begrenzen. Die tech-
127 nisch engen Handlungsspielräume für die Akteure durch die Förderrahmenbedingungen auf
128 Bundes- und Landesebene sind zu Gunsten von ausschließlichen energetischen Zielgrößen zu
129 erweitern. Während das Land als Energieerzeuger eher zu vernachlässigen ist, ist es als Inha-
130 ber von landeseigenen Immobilien ein einflussreicher Akteur, der darüber hinaus noch eine
131 enorme Vorbildwirkung hat. Die schwarz-rot-grüne Landesregierung hat sich darauf verständigt
132 landeseigene Immobilien und Liegenschaften klimaneutral zu entwickeln.

133 Im Verwaltungshandeln soll die Landesregierung bei Abwägungs- und Ermessenentscheidungen
134 Gesichtspunkte des Klimaschutzes besonders würdigen. Wir fordern gebäudebezogene Sanie-
135 rungspläne für landeseigene Immobilien. Für öffentliche Gebäude, Wohngebäude und Nicht-
136 wohngebäude, die vor 2005 errichtet wurden, sollen in Etappen ebenfalls gebäudebezogene Sa-
137 nierungspläne vorgehalten werden. Dabei muss das Land die Eigentümer, die für ihr Gebäude
138 einen solchen Sanierungsplan erstellen lassen, unterstützen.

139 Mit Blick auf die Endlichkeit fossiler Energieträger und die Alternativen, die es im Heizungsbe-
140 reich bereits gibt, sehen wir Neu-Installationen von Öl- und Erdgasheizungen kritisch. Die Lan-
141 desregierung sollte Förderprogramme anbieten, um die Mehrkosten alternativer Wärmeversor-

142 ger-Anlagen zu kompensieren, die bei der energetischen Sanierung und beim Heizungsaus-
143 tausch entstehen. Zu alternativen Wärmeversorger-Anlagen zählen Solarthermieanlagen mit
144 großen dezentralen und/oder saisonalen Speichern, Biomasseanlagen mit nachhaltiger Bio-
145 masseproduktion, vorzugsweise aus der Region- oder oberflächennahen Erdwärmepumpenanla-
146 gen , sowie Elektro- oder Gas-Wärmepumpen. Dabei muss sichergestellt werden, dass der benö-
147 tigte Strom oder das Gas aus regenerativen Quellen stammt. Die bisherige Förderung von Anla-
148 gen zur Kraft- Wärme-Kopplung (KWK) sollte es nur noch geben, wenn die Brennstoffe auf rege-
149 nerativer Basis wie Biomasse, Power-To-Liquid oder Power-To-Gas basieren.

150 Im Wärmebereich muss die Gebäudeeffizienz trotz erster Erfolge noch erheblich steigen. Um un-
151 sere Ziele zu erreichen brauchen wir eine energetische Sanierungsrate von 3% und mehr statt
152 bisher 0,8% pro Jahr. Davon sind wir trotz niedriger Zinsen noch immer weit entfernt. Auch die
153 jetzt anlaufende zweite Sanierungswelle muss eine deutliche Verringerung des Kohlendioxid-
154 ausstoßes als Ziel haben. Dies kann durch die Kombination einer durchdachten Dämmung in
155 Verbindung mit auf regenerativen Energien basierenden Heizungssystemen erreicht werden.

156 Die Vorbildwirkung und Lenkungsmöglichkeit soll sich in Sachsen-Anhalt auch auf die Land-
157 kreise und Kommunen auswirken. Die Landesregierung sollte Gemeinden dabei unterstützen,
158 eigene Wärmepläne zu erarbeiten. Landkreise, kreisfreie Städte und große kreisangehörige Ge-
159 meinden sollten darüber hinaus Klimaschutzkonzepte erstellen bzw. diese, wenn schon vorhan-
160 den, regelmäßig fortschreiben. Wir fordern die Einstellung von Klimaschutzmanager*innen in
161 Landkreisen und kreisfreien Städte, die bereits jetzt durch Förderprogramme des Bundes weit-
162 gehend gegenfinanziert werden können.

163 Viele Kommunen diskutieren unter Kostenaspekten bereits die Reduzierung von nächtlicher
164 Straßenbeleuchtung. Wir begrüßen diese Entwicklung und fordern ergänzend dazu die Umrüs-
165 tung aller Straßenbeleuchtungen in Sachsen-Anhalt auf effiziente Beleuchtungstechnik, sowie
166 eine Überprüfung der vorhandenen Straßenbeleuchtung unter dem Aspekt von Lichtverschmut-
167 zung.

168 **Nachhaltig mobil in Sachsen-Anhalt**

169 Durch eine nahezu „uneingeschränkte“ Mobilität sind hohe Mehrfachbelastungen für die Men-
170 schen entstanden. Schadstoff- und Lärm-Emissionen, Raum- und Ressourcenkonkurrenz und die
171 Zerstörung intakter Ökosysteme sind bedenklich vorangeschritten. Der Verkehrssektor emittiert
172 derzeit 25 Prozent der klimaschädlichen Gase.

173 Der Dieselskandal, in den auch deutsche Automobilkonzerne verwickelt sind, macht deutlich,
174 dass der Traum vom schadstofffreien und klimafreundlichen Verbrennungsmotor eine Lüge war.
175 Die Zeit fossiler Kraftstoffe geht zu Ende.

176 Aus Sachsen-Anhalt heraus unterstützen wir deshalb die Forderung des Bundesrates, ab 2030 in
177 der Europäischen Union nur noch emissionsfreie PKW neu zuzulassen. Wir wollen die Luft frei

178 machen von klimaschädlichen und gesundheitsgefährdenden Gasen und sie wieder unbedenk-
179 lich atmen können. Treibhausgase sollen in einem erforderlichen Maß reduziert werden, wie es
180 unser Planet braucht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Verkehrswende in Sachsen-Anhalt
181 voranbringen!

182 Das Rückgrat unserer Mobilität ist ein leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
183 und ein mit hohen Taktzahlen und dichtem Netz ausgebauter Schienenfernverkehr, der nutzer-
184 orientierte und vernetzte Angebote macht. Der Umweltverbund aus Schienenfernverkehr, ÖPNV,
185 Fahrrad und Fußverkehr stellt die effizienteste Nutzung unserer knappen Ressourcen Raum und
186 Energie sicher. Wir brauchen deshalb eine verbesserte Vernetzung und Verknotung der bestehen-
187 den Angebote, insbesondere der Bahn- und Busangebote, die auch Rufbussysteme einbezieht.
188 Dabei dürfen Verwaltungsgrenzen keine Barrierewirkung mehr haben, damit den Nutzer*innen
189 alle ÖPNV-Angebote gleichermaßen zur Verfügung stehen.

190 Die Elektromobilität bietet bereits jetzt eine klimaneutrale Alternative zu fossilen Kraftstoffen
191 und ist in Verbindung mit Ökostrom emissionsfreie Mobilität – auch im Individualverkehr. Aller-
192 dings erfordert das eine verstärkte Investition in eine öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur,
193 die neben dem Bund ergänzend durch das Land finanziell gefördert werden sollte, um Elektro-
194 mobilität auch in ländlichen Räumen flächendeckend attraktiv zu machen. Begleitend sind alle
195 Varianten von Geschäftsmodellen zu „Car-Sharing“ Projekten zu fördern. Stadtwerken, Bürger-
196 energiegesellschaften und Netzbetreibern kommt in diesem Bereich eine besondere Rolle zu,
197 die die Landesregierung noch stärker unterstützen soll, insb. deren Vernetzung und die gemein-
198 same Bereitstellung von intelligenten Abrechnungsmodellen.

199 Wir wollen in der Landes- und Regionalplanung eine klimagerechte Siedlungs- und Verkehrs-
200 entwicklung stärken, denn die wenigsten Emission entstehen, wenn wir Wohnen und Arbeiten
201 besser vernetzen und gebündelte Infrastrukturen gut mit dem ÖPNV erreichbar sind. So unter-
202 stützen wir die Idee von Schnellbuslinien als Ersatz für Pendlerverkehre mit dem Auto, wie zum
203 Beispiel zwischen Salzwedel und Wolfsburg, wenn die Umleitung von Pendlerverkehren auf die
204 Bahn keine funktionierende Alternative ist.

205 Um überall effiziente und gesunde Mobilität zu erreichen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
206 Landeshaushalt durchgesetzt, dass mindestens 8% der Mittel des Straßenbaus für die Verbesse-
207 rung des Radverkehrs eingesetzt werden. Die Kommunen und den Bund fordern wir auf, es uns
208 gleichzutun. So können wir erreichen, dass der Anteil des Radverkehrs weiter steigen kann.

209 Das Rad wird auch als alltägliches Verkehrsmittel immer wichtiger. Deshalb sollte der Radver-
210 kehr in der Verkehrsplanung generell stärker berücksichtigt werden. Projekte in anderen Bun-
211 desländern zeigen, dass über den Bau von Radschnellwegen die Nutzung des Rades für den Ar-
212 beitsweg verstärkt genutzt werden kann.

213 Im innerstädtischen Lieferverkehr wollen wir den Einsatz von elektrisch betriebenen Lastenfah-
214 rädern und LKW forcieren. Zur Vermeidung der Belastungen der Anwohner*innen ist es unser
215 Ziel, die Innenstädte bis 2030 weitgehend emissionsfrei zu versorgen.

216 Auch im Bahnverkehr geht die Zeit des Dieselmotors ihrem Ende entgegen. Im Fernverkehr ist
217 die E-Lok inzwischen Standard. Doch im Nahverkehr gibt es großen Nachholbedarf. Der Güter-
218 verkehr auf der Schiene gerät gegenüber dem LKW-Verkehr immer mehr ins Hintertreffen. Die-
219 sen Trend muss der Bund mit Investitionen in die Schieneninfrastruktur und besseren Rahmen-
220 bedingungen entgegenwirken.

221 Die Bahnverbindungen im Fernverkehr sind für viele Menschen in Sachsen-Anhalt nicht optimal.
222 Landeshauptstadt Magdeburg muss wieder an das ICE-Netz angeschlossen werden, sowie Des-
223 sau-Roßlau und Mittelzentren an den IC-Fernverkehr, damit Bahnreisen eine attraktivere Alter-
224 native zum Auto werden.

225 **Mehr Klimaschutz in Sachsen-Anhalts Land- und Forstwirtschaft**

226 Die Landwirtschaft verursacht elf Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutsch-
227 land. Sie spielt beim Klimaschutz daher eine wichtige Rolle. Den größten Anteil haben Methan
228 (CH₄) und Lachgas (N₂O), welche eine um ein Vielfaches größere Klimaschädlichkeit als Koh-
229 lenstoffdioxid (CO₂) aufweisen. Diese Treibhausgasemissionen entstehen in der Landwirtschaft
230 vor allem durch die tierische Verdauung, die Ausbringung und Lagerung von Dünger, sowie die
231 intensive Bodennutzung. Darüber hinaus werden durch den landwirtschaftlichen Verkehr erheb-
232 liche CO₂-Emissionen freigesetzt. Indirekt trägt auch die Herstellung von Mineraldüngern und
233 Pflanzenschutzmittel, die in der konventionellen Landwirtschaft in großem Maße eingesetzt
234 werden, zur weiteren Freisetzung großer Mengen an Treibhausgasen bei.

235 Eine Senkung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft um 50 % bis zum Jahr 2030
236 halten wir für dringend notwendig, um die Klimaschutzzvorgaben des Pariser Abkommens einzu-
237 halten.

238 Wir wollen dazu eine schrittweise Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus in der
239 Landwirtschaft. Wie im Koalitionsvertrag verabredet, halten wir an dem Ziel fest mittelfristig 20
240 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Sachsen-Anhalts ökologisch zu bewirtschaften. Denn
241 wissenschaftliche Studien beweisen, dass der Ökolandbau gegenüber dem konventionellen
242 Ackerbau die Emission von Treibhausgasen auf ein Drittel verringert. Die ökologische Bodenbe-
243 arbeitung schützt den Humus, so dass eine zusätzliche Freisetzung von Kohlendioxid verhindert
244 und die aktive Bindung von Kohlendioxid unterstützt wird. Zusätzlich werden durch den Ver-
245 zicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutz- und Düngemittel bedeutende Beiträge zum
246 Klimaschutz geleistet.

247 Sachsen-Anhalt muss junge Landwirt*innen für den ökologischen Landbau sensibilisieren und
248 berufliche Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Die auf unsere Initiative im Koalitionsvertrag
249 vereinbarte Ausbildungsgang Ökolandbau in einer Berufsbildenden Schule sind für uns dabei
250 eine zentrale Forderung. Die Einrichtung einer Professur für Ökolandbau an der Martin-Luther-
251 Universität würden wir begrüßen.

252 Der Boden ist ein wichtiger Faktor für den Klimaschutz. Unser Ziel ist, bestehende natürliche
253 Kohlenstoffspeicher wie Moore und Dauergrünland langfristig zu erhalten. Wir unterstützen
254 deshalb die Renaturierung von Moorflächen und die nachhaltige Bewirtschaftung nach dem
255 Vorbild Mecklenburg – Vorpommerns, um eine fortschreitende Verholzung bestehender Moor-
256 flächen zu minimieren. Auch in der konventionellen Landwirtschaft setzen wir uns für eine ver-
257 stärkte Humusförderung und Kohlenstofffixierung durch die Förderung vielfältiger Fruchtfolgen
258 und schonender Bodenbearbeitung im Rahmen der Agrarumweltprogramme ein.

259 BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die weitere wirtschaftliche Verwendung von ohnehin
260 vorhandener Gülle als Energieträger in Biogasanlagen ein. Dies muss vor Ort geschehen, um
261 weitere Schäden und Gefahren durch den Transport zu vermeiden. Gülleimporte lehnen wir ab.

262 Die Forstwirtschaft kann einen zusätzlichen Beitrag zur Erreichung unserer Klimaschutzziele lie-
263 fern. Wälder sind effiziente Kohlenstoffspeicher und Lieferanten des klimaneutralen Baustoffes
264 Holz.